

Landtag doppelt mit Motion nach: Mutter- und Vaterschaftszeit sollen künftig über Familienausgleichskasse finanziert werden

Bereits im März hatten viele Abgeordnete sich dafür ausgesprochen, jetzt wurde der Auftrag an die Regierung nochmals bekräftigt.

Müttern wird während ihrer Abwesenheit vom Arbeitsplatz aufgrund der Schwangerschaft für 20 Wochen 80 Prozent ihres Lohnes fortgezahlt. Und auch für die zweiwöchige Vaterschaftszeit, die bald eingeführt werden soll, ist eine entsprechende Lohnfortzahlung geplant.

Das Problem: Abgewickelt werden die Zahlungen über die Krankentaggeldversicherung. Eine Schwangerschaft gilt quasi als Krankheit und so soll es künftig auch bei der Vaterschaft sein. Dies mutet nicht nur sonderbar an, es verursacht auch reale Probleme.

Die Taggeldversicherung ist für Unternehmen im Land obligatorisch. Sie müssen sie für ihre Arbeitnehmenden abschliessen, um sich gegen den Lohnausfall infolge Krankheit zu versichern. Eine Elternschaft in der Belegschaft bedeutet somit nämlich für die Arbeitgeber, dass sich die Prämien für die Krankentaggeldversicherung erhöhen.

Seit Jahren sorgt dieser Umstand für Kritik und es gab bereits mehrere politische Vorstösse, um dies zu ändern. Im

Zuge der Debatte über die Einführung der bezahlten Elternzeit wurde das Thema nun wieder aktuell. Und bei der Beratung im März-Landtag forderten zahlreiche Abgeordnete die Regierung dazu auf, eine neue Regelung zu implementieren. Konkret sollen die Tagelder für Mutter- und Vaterschaft genauso wie die geplante Elternzeit über die Familienausgleichskasse (FAK) finanziert werden. Gesundheitsminister Manuel Frick versprach, einen Vorschlag auf die zweite Lesung vorzulegen.

Zeitpunkt des Vorstosses sorgte für Irritationen

Wenige Tage später doppelte Anfang April jedoch die FBP mit einer Motion nach, die ebenso fordert, was der Minister bereits zugesichert hatte. Am Mittwoch im Landtag zeigte sich, dass der Vorstoss deshalb für einige Irritationen sorgt. Insbesondere seitens der VU wurde das Vorgehen der FBP misstrauisch beäugt. «Haben Sie kein Vertrauen in Ihren Gesundheitsminister, dass er den Auftrag des Landtages erfüllt? Oder wollen Sie ihm einfach mehr Zeit ver-



Gesundheitsminister Manuel Frick hat nun einen schriftlichen Auftrag.

Bild: Daniel Schwendener

schaffen?», sagte Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz in Richtung FBP-Fraktion. Da die zweite Lesung der Elternzeit-Vorlage noch in diesem Jahr erfolgen soll, vermutete Marxer-Kranz, dass mit der Motion, welche erst binnen zwei Jahren beantwortet werden

muss, eine Verzögerung erreicht werden soll.

Dies wurde vonseiten der FBP klar zurückgewiesen. Allein durch die Debatte vom März sei nicht klar, welchen Auftrag der Landtag der Regierung denn nun gegeben habe. Mit der Motion werde

dies nachgeholt, argumentierte Karin Zech-Hoop (FBP). Das Anliegen sei zwar trivial, dennoch gelte es noch, einige Detailfragen zu klären. Gunilla Marxer-Kranz gab sich damit nicht zufrieden. Mehrfach fragte sie daher beim Gesundheitsminister nach, ob er die-

sen zusätzlichen Auftrag wirklich benötige.

13 Jastimmen: «Doppelt genährt hält besser»

Tatsächlich hat sich der Landtag im März zwar klar geäussert, abgestimmt wurde aber nicht. Mit der Abstimmung über die Motion würde sich ein noch deutlicheres Stimmungsbild ergeben. Das sei sicher hilfreich, meinte Manuel Frick. Ob es das aber wirklich braucht, muss der Landtag beurteilen. Zugleich sicherte Frick zu, dass er so oder so einen Vorschlag auf die zweite Lesung der Elternzeit-Vorlage liefern wird.

Nach längerem Hin und Her und dem einen oder anderen parteipolitischen Schlagabtausch sprach sich schliesslich eine knappe Mehrheit von 13 Abgeordneten für die Überweisung der Motion aus. Ausschlaggebend waren die Stimmen der DpL und von Manuela Haldner-Schierscher (Freie Liste), die der Überweisung frei nach dem Motto «Doppelt genährt hält besser» zustimmten.

David Sele